



HESSISCHER LANDTAG

27. 11. 2009

*Dem
Kulturpolitischen Ausschuss
überwiesen*

Antrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend das Gedenken anlässlich des 20. Jahrestages zum Mauerfall

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag gedenkt anlässlich des 20. Jahrestages des Falls der Berliner Mauer der Opfer der deutschen Teilung, insbesondere der Toten und Verletzten an der Berliner Mauer und an der innerdeutschen Grenze.
2. Der Hessische Landtag erinnert daran, dass die deutsche Teilung eine Folge des vom barbarischen Hitlerfaschismus entfesselten Zweiten Weltkrieges war, der viele Millionen Menschen in Europa das Leben gekostet hatte. Es ist der Anti-Hitler-Koalition zu verdanken, dass Deutschland vom Faschismus befreit wurde. Dieser Dank gilt den Westalliierten ebenso wie der Roten Armee, die unter anderem Auschwitz befreite.
3. Der Hessische Landtag weist darauf hin, dass sich nach dem Zweiten Weltkrieg zwei Weltmachtblöcke bildeten, deren Grenze mitten durch Deutschland - auch zwischen Hessen und Thüringen - verlief und die deutsche Teilung damit auch ein Teil einer globalen Konfrontation war. Geprägt durch den damaligen Stalinismus hat die Sowjetunion in dem von ihr beherrschten Osten Europas ein politisches System etabliert, das den Menschen grundlegende Freiheits- und Bürgerrechte wie Meinungsfreiheit, Freizügigkeit, Rechtsstaatlichkeit oder das Recht auf politische Opposition verweigerte. Die DDR gehörte zu diesem System. Der Hessische Landtag gedenkt der politisch Verfolgten in der DDR und bekräftigt seine Entschlossenheit, allen Formen von Diktatur entgegenzutreten.
4. Die durch Willy Brandts Friedenspolitik eingeleitete Entspannung in Europa eröffnete reformerischen Kräften in Osteuropa neue Wirkungsmöglichkeiten. Der Hessische Landtag würdigt die mutigen Menschen in der DDR, die 1989 diese Wirkungsmöglichkeiten nutzten, ihren Protest auf die Straße trugen und mehr Freiheit, Demokratie und Bürgerrechte einforderten.
5. Viele Menschen, die vor 20 Jahren den Protest in der DDR mit trugen und glücklich über den Fall der Mauer waren, sind 20 Jahre später enttäuscht über die Folgen der deutschen Einheit. Beim Beitritt zur Bundesrepublik sind wichtige Erfahrungen aus der DDR wie eine umfassende Kinderbetreuung, ein modernes Schul- und Bildungssystem, die ökonomische Gleichstellung der Frauen, ortsnahe Kultureinrichtungen oder das Prinzip der Polikliniken nicht übernommen worden. Dagegen wurden wissenschaftliche und kulturelle Potenziale sowie soziale Leistungsstandards zerstört. Die neue Erfahrung der Massenarbeitslosigkeit, die ausbleibende Anerkennung ihrer Lebensleistungen in der DDR und das Fehlen mancher früher selbstverständlicher sozialer Sicherheiten lassen die Menschen die soziale Kälte in der Gesellschaft beklagen. Der Hessische Landtag nimmt diese Erfahrungen und Empfindungen der Menschen ernst, weist aber auch darauf hin, dass dadurch das Unrecht, das viele Menschen in der

DDR erlitten haben, nicht verharmlost werden darf. Vielmehr tritt der Hessische Landtag in Anbetracht der Lehren aus unserer deutschen Geschichte für gemeinsame solidarische Anstrengungen ein, eine Gesellschaft zu entwickeln, in der es weder eine politische Unterdrückung noch eine ökonomische Ausbeutung und Existenzgefährdung gibt. Diesen Grundkonsens, der die Wiedergründung des Landes Hessen 1946 bestimmte, gilt es wieder zu beleben.

6. Die Grundwerte von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit müssen auch in Gedenkstätten und Museen zur DDR-Geschichte und zur Geschichte der deutschen Teilung vermittelt werden. Museen und Gedenkstätten verfolgen als außerschulische Lernorte einen Bildungsauftrag. Sie sollen über die Geschichte und die Zusammenhänge der deutschen Teilung Zeugnis geben und auch über die Vielfalt des Lebens der Menschen in der DDR ein umfassendes und zutreffendes Bild vermitteln. Dadurch wird die Erinnerung an die Mauertoten und politisch Verfolgten, aber auch an Widerstand, Opposition und die gesamten Lebensverhältnisse in der DDR wach gehalten. Der Hessische Landtag empfiehlt den Bürgerinnen und Bürgern einen Besuch solcher Gedenkstätten.
7. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, Schulen zu empfehlen, die Geschichte der DDR zum Gegenstand von über den Fachunterricht hinausgehenden schulischen Aktivitäten zu machen, insbesondere durch Klassenfahrten zu Gedenkstätten an die ehemalige innerdeutsche Grenze. Dieses sollte nach Möglichkeit gemeinsam mit Schulklassen aus den jeweiligen ostdeutschen Partnerstädten stattfinden, um hessischen sowie ostdeutschen Schülerinnen und Schülern die DDR als Bestandteil der gesamtdeutschen Geschichte nahe zu bringen.
Weitere Möglichkeiten der Information und des Austausches sollten genutzt werden, z.B. über Zeitzeugengespräche und sogenannte Geschichtsdialoge, Archivarbeit, Gespräche mit Einwohnern und Repräsentanten der auf beiden Seiten der ehemaligen Grenzübergänge liegenden Städte, um zu erfahren, wie sich die deutsche Teilung im Alltag der Bürgerinnen und Bürger in Ost und West darstellte bzw. heute darstellt usw. Schülerinnen und Schüler sollen Geschichte als von Menschen gemacht und verantwortet erleben können.
8. Der Landtag fordert weiterhin die Landesregierung auf, mit dem renommierten Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung, das u.a. als Schulbuchzentrum für den Europarat fungiert, im Rahmen der Erstellung eines Gesamtkonzepts zum Thema "Aufarbeitung der DDR-Geschichte" zusammenzuarbeiten.

Wiesbaden, 27. November 2009

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen